

## Integration

von Klaus Eckert, Jusos Baden-Württemberg

**Pragmatische Linke:**  
**Die progressive Kraft der Jusos.**

[pragmatische-linke@web.de](mailto:pragmatische-linke@web.de)

Deutschland ist ein modernes Einwanderungsland mit über 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund und davon knapp mehr als 7 Millionen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die Gastarbeiter und deren Nachkommen, die politisch Verfolgten und hochqualifizierte ArbeitnehmerInnen, die seit den 60er Jahren zugewandert sind, stellen eine Bereicherung für unsere Gesellschaft dar.

Eine große Zahl der Einwanderer ist in unserem Land heimisch geworden und nahm zudem die deutsche Staatsbürgerschaft an. Zu prüfen ist, ob Migranten, die vor dem Jahr 1975 nach Deutschland eingewandert sind, unter erleichterten Bedingungen, etwa beim Nachweis der Sprachkenntnisse die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten können.

Ein wichtiger Aspekt ist, dass die zweite und dritte Generation der eingewanderten Familien keinen eigenen Migrationshintergrund besitzen und so mit ursprünglichen Einwanderern nicht vergleichbar sind.

### Multi-kulturell statt Leitkultur

Wir brauchen multi-kulturelle Ansätze und Vorgehensweisen. Dabei sind die Stärken und Besonderheiten verschiedener Kulturen zu beachten, zu schätzen und zu nutzen. Wir setzen uns für die Verbundenheit von Kulturen und Nationen ein und unterscheiden uns damit auch vom konservativen Ansatz der „Leitkultur“. Integration bedeutet keine uneingeschränkte Anpassung an bestehende Umstände, sondern die Erneuerung der bestehenden Verhältnisse durch den Einfluss von neuem.

### Integration ist ein zweiseitiger Prozess

Um Integration bewältigen zu können, sind zwei Seiten von Bedeutung. Es müssen einerseits Chancen zur Teilhabe in allen Lebensbereichen gewährt, aber auch wahrgenommen werden.

Die Schaffung von Angeboten zur Integration wurde bisher zu sehr vernachlässigt. Statt konkreten Umsetzungen blieb es oftmals bei Lippenbekenntnissen. Gleichzeitig müssen Neue Inländer feststellen, das Deutschland auch ihre Heimat ist und an einer aktiven Teilhabe interessiert sein. Das Grundgesetz der Bundesrepublik ist für jeden hier lebenden Menschen in unserem Land zu akzeptieren. Eine Ablehnung der höchsten Normen, welche unsere Gesellschaft zusammenhalten, ist nicht hinzunehmen. Gleichzeitig brauchen wir für diese Menschen aber auch eine

Anerkennungs-, Teilhabe- und Willkommenskultur in unserem Land. Auch die SPD darf Migranten nicht als Objekte reiner sozialdemokratischer Fürsorge für eine Minderheitengruppe betrachten, sondern als anerkannte, gleichberechtigte Partner. Allein durch den demographischen Wandel wird der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund auf über ein Viertel der Bevölkerung ansteigen.

Den Abschluss einer erfolgreichen Integration findet sich nicht allein durch die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft. Das unter der rot-grünen Bundesregierung reformierte Recht der Staatsbürgerschaft sehen wir als richtig an.

Bausteine einer erfolgreichen Integration

Integration erfolgt vor Ort in den Städten und Gemeinden, deshalb sind kommunale Angebote zu schaffen.

Die Sprache ist der Schlüssel für Integration. Um bereits die jüngste Generation ausreichend einbinden zu können, ist das Angebot der Sprachförderung in den Kindertagesstätten und Kindergärten unerlässlich. Diese Einrichtungen als Schnittstelle der Beziehung zwischen Familien mit Migrationshintergrund und der deutschen Gesellschaft müssen weiterhin besser genutzt werden. Desweiteren sind muttersprachliche Angebote in Schulen zu schaffen, da diese ebenso ein enormes Potential darstellt. Gerade junge Menschen mit Migrationshintergrund verlassen vermehrt die Schule ohne jeglichen Abschluss. Durch eine gezielte Förderung an Schulen und stärkeren Anstrengungen im Bildungssystem ist dieser Umstand zu beheben.

Bildungspolitik ist zwar wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen Integrationspolitik. Eine Verknüpfung von „MigrantInnen“ und „bildungsferne Schichten“ wird den Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber vielfach jedoch nicht mehr gerecht. Vor allem Menschen der zweiten und dritten Generation sind zu großen Teilen bildungserfolgreich, z.T. hoch gebildet, studieren, meistern den Sprung in die Selbstständigkeit und leiten Unternehmen, in denen sie wiederum Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen. Viele sind ehrenamtlich in Musik- und Sportvereinen, in den Sozialverbänden und der Jugendarbeit engagiert.

Die frühe Begegnung zwischen Kindern mit und ohne eine Migrationsherkunft ist anzustreben. Vor allem in der Freizeit sollte die Möglichkeit bestehen, gemeinsam

Zeit verbringen zu können. Dabei sind öffentliche Angebote im Rahmen der Kinder- und Jugendpflege zu fördern. Ebenfalls ist der interkulturelle Austausch in Vereinen auszuweiten.

Um die Integration auch im Arbeitsmarkt zu erleichtern, muss das Verfahren für die Anerkennung der im Ausland erworbenen Abschlüsse und Ausbildungen verbessert werden.

Das kommunale Wahlrecht für alle hier seit einer gewissen Zeit lebenden Menschen ist einzuführen. Gleichzeitig ist den Ausländerbeiräten mehr Rechte einzuräumen (z. B. Rede- und Antragsrecht in den kommunalen Gremien). Langfristig wird das Ziel verfolgt, die vollkommene Gleichheit im Rahmen der politischen Beteiligung zu erreichen und somit die Ausländerbeiräte überflüssig machen zu können.

Ein besserer Dialog zwischen Polizei und Menschen mit Migrationsherkunft ist zu ermöglichen. Dies soll dadurch erreicht werden, indem Stellen stärker von Menschen mit Migrationsherkunft besetzt werden und die Polizeiausbildung mehr Wert auf die Erlernung von interkultureller Kompetenz legt.

Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz ist konsequent umzusetzen, so dass Benachteiligungen aufgrund der Herkunft oder Religion deutlicher entgegen getreten wird. Auch dürfen Bekenntnisse zur Religion (wie z. B. das Tragen eines Kopftuchs) nicht zur Diskriminierung führen.

Eine Pflicht zum Sprachnachweis des Ehepartners sehen wir als richtig an. Dies sollte dabei jedoch ausnahmslos geschehen. Eine Ungleichbehandlung aufgrund der Staatsangehörigkeit ist nichts anderes als diskriminierend und gehört abgeschafft.

Wir fordern mehr Maßnahmen zum Schutz vor Zwangsheirat. Vor allem Beratungsangebote für solche Frauen sowie ein verlängertes Rückkehrrecht für Betroffene der Zwangsheirat sind dringend einzuführen.

Wir sehen auch die SPD in der Pflicht, sich verstärkt für Menschen mit Migrationshintergrund zu öffnen. Derzeit sind im Parteivorstand und der SPD-Bundestagsfraktion nur vereinzelt Menschen mit Migrationshintergrund anzutreffen. Die Partei muss Angebote einer Mitarbeit schaffen, wie dies in einigen Regionen mit dem Zusammenschluss von Sozialdemokraten mit Migrationshintergrund bereits

**Pragmatische Linke:** ■  
**Die progressive Kraft der Jusos.**

[pragmatische-linke@web.de](mailto:pragmatische-linke@web.de)

erfolgt ist, und Menschen mit Migrationshintergrund stärker auch in Führungsgremien der Partei berücksichtigen.